

Nach Ablauf des 7-jährigen EU-Finanzrahmens 2027 ist im Laufe des kommenden Jahres ein neues EU-Budget für weitere 7 Jahre (bis 2034) zu beschließen. Nun wird der Vorschlag der Kommission (2 Billionen = ca. 1,26% des EU-BIP) schon vorab einmal als völlig überzogen diskreditiert. Als schärfste Kritiker bringen sich einmal mehr Deutschlands Kanzler Merz und unser Regierungschef Stocker in Position. Diese argumentieren als „Nettozahler“ mit unannehmbarer Belastung für die nationalen Budgets.

Der „Nettozahler-Status“ mag in absoluten Zahlen für beide Länder zutreffend sein. Insbesondere für Österreich trifft allerdings zu, dass man vom EU-Binnenmarkt im Allgemeinen und von der Osterweiterung im Besonderen massiv profitiert und so indirekt Netto-Zahlungen nach Brüssel mehr als kompensieren kann.

Künftig anstehende Herausforderungen an die Union – Maßnahmen zum Klimaschutz und gegen den Klimawandel, offenbar allein verbleibender Unterstützer der Ukraine in der Verteidigung gegen den russischen Überfall, Ausbau und Verbesserung der europäischen Verteidigungsfähigkeit, Bereitstellung ausreichender Budgetmittel, um endlich als eigenständiger Wirtschaftsraum gegenüber USA und China reüssieren zu können. All dies wird mit dem aktuellen EU-Finanzrahmen nicht bewältigbar sein und daher zusätzliche EU-Budgetmittel erfordern.

In diesem Lichte erscheint es völlig ungerechtfertigt, unsolidarisch und eigentlich nur populistisch, einen Vorschlag für eine entsprechende Budgetanpassung von vornherein abzulehnen.